



12. April 2022



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

seit wenigen Tagen haben wir die schreckliche Gewissheit: **Putins Krieg ist kein Angriffskrieg, sondern ein Vernichtungskrieg.** Der Krieg bringt großes Leid über das ukrainische Volk. Und er bringt große Herausforderungen für uns mit sich – politisch, wirtschaftlich und moralisch. Wir werden Flüchtende aufnehmen, wir werden sie beschützen – das ist unser Versprechen!

Die schwarz-gelbe Landesregierung kann nicht nur nach Unterstützung aus dem Bund rufen, während sie selbst nicht bereit ist, etwas zu unternehmen und die Kommunen finanziell zu entlasten. Erstaufnahmeeinrichtungen hätten längst errichtet werden, eine zentrale Beschaffung von Betten, Matratzen und weiteren wichtigen Materialien längst erfolgen können. Stattdessen leisten vorrangig Ehrenamtler in den Kommunen Großartiges, während von Seiten des Landes ein klares Bekenntnis zur Unterstützung ausbleibt. Bereits in den letzten fünf Jahren mussten die Kommunen feststellen, dass diese Landesregierung kein verlässlicher Partner ist. Wir wollen einen Neustart - auch für unsere Städte!

Wir müssen zudem dafür Sorge tragen, unsere Wirtschaft sicher durch diese Krise zu bringen. Die Energieverknappung bedroht die Industrie und damit auch Arbeitsplätze. Jedes Windrad bietet jetzt ein Stück Sicherheit, jede Photovoltaik-Anlage ist eine gute Investition. Der Tiefschlaf der schwarz-gelben Regierungskoalition im Hinblick auf grünen Strom rächt sich nun. Auch an einer Idee für den Wandel der Wirtschaft mangelt es. Wir hingegen wollen einen 30 Milliarden-Transformations-Fonds auflegen, um Unternehmen gezielt bei der klimaneutralen Umstellung ihrer Produktionsprozesse zu unterstützen. So können wir aktiv die Zukunft in unserem Interesse gestalten!

Wir hätten uns sicherlich andere Themen gewünscht für die Tagesordnung des letzten Plenums in dieser Legislaturperiode. Doch die Herausforderungen in diesen Tagen sind äußerst vielfältig. Wir stellen uns diesen gerne – und halten Euch auch in der kommenden Legislaturperiode auf dem Laufenden. **Allerdings werde ich, Heike Gebhard, Adieu sagen.** Ein paar persönliche Worte habe ich auf Seite 2 verfasst. Bis dahin wünschen wir Ihnen alles Gute, Gesundheit und Zuversicht in diesen schwierigen Zeiten.

Herzliche Grüße,

Ihre

Heike Gebhard

S. Watermeier

Nach 17 Jahren im Landtag NRW

Heike Gebhard hält ihre letzte Plenarrede zur Krankenhausplanung

Nach 17 Jahren im Landtag NRW hielt Heike Gebhard in der vergangenen Woche ihre letzten Rede im Plenum des Landtags. Dabei rechnete sie mit der Krankenhauspolitik von Schwarz-Gelb ab.

„In dieser Legislaturperiode wurde das Krankenhausgestaltungsgesetz dreimal durch die Regierung verändert. Zuerst verpasste sie dem Ganzen die Überschrift ‚Entfesselung‘, inzwischen ergeht sie sich in unnötigem Klein Klein, was in erster Linie ein großes Misstrauen gegenüber den Krankenhausträgern offenbart. Trotz dreier Gesetzesänderungen hat sie keine klaren Rahmenbedingungen für die künftige Krankenhausplanung in NRW geschaffen. Unklar ist vor allem welches Haus mit welchem Leistungsangebot erhalten bleibt und wie dieser Prozess finanziert wird. Dabei drängt die Zeit, dass nicht der Markt entscheidet, welches Krankenhaus zukünftig die Patientinnen und Patienten versorgt.

„Zu Beginn meiner Zeit als Landtagsabgeordnete war es mir vor allem wichtig, die Themen in den Mittelpunkt zu rücken, die für meine Heimatstadt Gelsenkirchen von Bedeutung waren. Dazu zählten neben langverfolgten Projekten wie dem Sozialen Arbeitsmarkt auch das permanente Bemühen um Zukunftsperspektiven durch bessere finanzielle Ausstattung von strukturschwachen Kommunen und eine vorbeugende Sozialpolitik und beste Bildung für alle Kinder—unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. In den letzten Jahren habe ich allerdings lernen müssen, dass wir vor allem ganz grundsätzlich die Stärken unseres demokratischen Systems deutlich machen und unsere Demokratie gegen alle Kräfte verteidigen müssen, die unsere staatlichen Institutionen verächtlich machen“, so die scheidende Landtagsabgeordnete Heike Gebhard.



Foto: SPD-Landtagsfraktion

[Zum Video](#)

Plenarrede von Sebastian Watermeier zum Antrag der Regierungskoalitionen von CDU und FDP - „Europa stärken – Das Erfolgsmodell der regionalen Zusammenarbeit von Nordrhein-Westfalen ausbauen“

Vergangenen Mittwoch nahm Sebastian Watermeier im Plenum die europapolitische Arbeit der schwarz-gelben Landesregierung genauer unter die Lupe.

Zu Beginn seiner Rede bedankte er sich nicht nur für die gute Zusammenarbeit innerhalb des Ausschusses, sondern auch für den europäischen Geist, der die demokratischen Fraktionen in der Sache eint.

Doch auch Kritik wurde geübt. Der Antrag fasst den Grundzusammenhalt der nordrhein-westfälischen Regionen zwar gut zusammen, lässt aber darauf schließen, dass diese Idee von CDU und FDP selbst komme und gleicht so eher einer Selbstbeweihräucherung als einer Anerkennung gemeinsamer Bemühungen.

Kurzum, der Antrag der Regierungskoalitionen vereinfacht die Sachlage zu stark. Der Antrag erweckt den Eindruck, als hätte die Landesregierung selbst die regionale europäische Zusammenarbeit in NRW erfunden. De facto lag die Gründung des regionalen Weimarer Dreiecks nicht nur in einer anderen Wahlperiode, sondern auch unter anderen Mehrheitsverhältnissen und somit einer anderen Landesregierung.

Deshalb hat sich die SPD-Fraktion enthalten.



[Zum Video](#)

2017-2022: Wir ziehen Bilanz Impressionen zur Veranstaltung

Wir starten heute in die letzte Plenarwoche dieser Legislaturperiode. In den vergangenen 5 Jahren haben wir konkrete Pläne und Konzepte für ein besseres NRW entwickelt.

Dazu haben wir Bilanz gezogen mit Thomas Kutschatj und Olaf Scholz.

[Zum Video](#)



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Neue Wege für die Schulfinanzierung

Integration, Inklusion, Digitalisierung, Schulsozialarbeit und der Ganzttag – das sind nur einige der Herausforderungen, vor denen der Bildungsbereich derzeit steht.

Wir finden: Bund, Land und Kommunen müssen gemeinsam handeln und die Schulfinanzierung neu aufstellen. Nur so ist sichergestellt, dass das Geld am Ende dort landet, wo es benötigt wird.

Mit unserem Antrag wollen wir daher eine grundlegende Reform der Schulfinanzierung auf den Weg bringen.

[SPD-Antrag](#)



Foto: www.pixabay.com

Aufschwung durch Ausbildung

Nur noch ein Fünftel der Unternehmen bildet aus. Es mangelt an Ausbildungsplätzen – es mangelt aber auch an passenden Bewerberinnen und Bewerbern, die überhaupt noch eine Ausbildung machen wollen.

Das Resultat: Es fehlen die Fachkräfte von morgen. Darum müssen wir uns kümmern. Was wir brauchen, ist eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie.

Mit unserem Antrag fordern wir darüber hinaus unter anderem eine erweiterte Berufsberatung sowie ein Programm „Gute Berufsschule 2030“ mit dem Ziel, moderne Lernorte zu schaffen.

[SPD-Antrag](#)



Foto: www.pixabay.com

Respekt und Anerkennung in der frühkindlichen Bildung

Die Kita ist der Ort, wo die Kleinsten unserer Gesellschaft bereits gefördert werden. Bestehende Ungleichheiten können durch qualifiziertes Fachpersonal frühzeitig beseitigt werden. Doch was, wenn das Personal schlichtweg fehlt? In unserem Antrag fordern wir daher unter anderem Kita-Helferinnen und -Helfer, die kurzfristig für Entlastungen sorgen können. Zudem sollen Bürokaufleute angestellt werden, damit sich Kita-Leitungen auf die pädagogische Arbeit der Einrichtung konzentrieren können.

Antrag SPD-Fraktion

Kompaktinfos:



Mehr Attraktivität und Stärkung für den öffentlichen Dienst

Gute Schulen, eine präsenste Polizei und Justiz und eine starke Finanzverwaltung sind wichtig für die Entwicklung von Nordrhein-Westfalen. Doch mehr als 17.000 Stellen sind beim Land NRW zurzeit unbesetzt. Die Landesregierung hat nun ein Gesetz vorgelegt, um den öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten. Das kann mit diesem Entwurf nicht gelingen. Wir haben daher eigene Ideen formuliert.

Kompaktinfo Öffentlicher Dienst

Bilanz der schwarz-gelben Landesregierung - Achtung Kopfschmerzpotenzial!

Gute Schulen, eine präsenste Polizei und Justiz und eine starke Finanzverwaltung sind wichtig für die Entwicklung von Nordrhein-Westfalen. Doch mehr als 17.000 Stellen sind beim Land NRW zurzeit unbesetzt. Die Landesregierung hat nun ein Gesetz vorgelegt, um den öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten. Das kann mit diesem Entwurf nicht gelingen. Wir haben daher eigene Ideen formuliert.

Bilanz von Schwarz-Gelb



Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ demonstriert vor dem Landtag

#Altschulden stellen für strukturschwache Kommunen eine große Belastung dar und rauben ihnen Handlungsspielraum. Während andere in Klimaschutz, Schulsanierung, Stadtteilerneuerung, den Straßenverkehr und Digitalisierung investieren können, müssen sie viele Gelder in die Tilgung der Schulden stecken. Weil sich Lebensqualität vor Ort entscheidet, wollen wir die Kommunen entlasten und für gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen.

Als Bundesfinanzminister hat Olaf Scholz bereits ein Angebot für einen Altschuldenfonds gemacht, die schwarz-gelbe Landesregierung ging aber nicht darauf ein. Deshalb haben wir uns auf dem Landtagsvorplatz an der Kundgebung des @Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ beteiligt. Am selben Tag diskutierte der Landtag in einer Aktuellen Stunde über die fehlenden Pläne der Landesregierung zum Altschuldenabbau.

Bereits seit 2008 fordert das Bündnis eine Entlastung der Kommunen von ihren *unverschuldeten Schuldenbergen*. Ursprünglich als Arbeitskreis in NRW gestartet, wird das Bündnis inzwischen von 70 Kommunen aus 8 Bundesländern unterstützt.

Wenn auch Du Dich den Forderungen anschließt, dann beteilige Dich hier an der Petition: www.change.org/aktionsbündnis



Foto: Sydney Scharley

GEW Gelsenkirchen diskutiert mit Jochen Ott, Heike Gebhard und Sebastian Watermeier über künftige Bildungspolitik

In der letzten Woche haben sich die Abgeordneten aus Gelsenkirchen Heike Gebhard und Sebastian Watermeier und der stellv. Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Jochen Ott mit Vertreter:innen der GEW im Landtag zu einem allgemeinen bildungspolitischen Austausch getroffen.

Neben dem Dank an Heike Gebhard für ihre Arbeit in den vergangenen 17 Jahren als Gelsenkirchener Abgeordnete wurden unter anderem die drängendsten Probleme in Gelsenkirchen in den Fokus genommen. Im Mittelpunkt standen sowohl die räumliche Situation wie die große Zahl an unbesetzten Stellen in den Schulen. Um an Grundschulen das Problem zu reduzieren müssen auch Grundschullehrer*innen nach A13 besoldet werden. Einigkeit bestand darin, dass es unterschiedliche Professionen (multiprofessionelle Teams) in den Schulen braucht, die den jeweiligen Problemen in den Schulen gerecht werden können.

Für die Abgeordneten der SPD-Fraktion ist klar: Die Schul- und Bildungspolitik wird ein zentraler Schwerpunkt in der Arbeit der neuen Fraktion werden, insbesondere um Chancengleichheit für Kinder, egal aus welchem sozialen Schichten, Wohnorten oder mit welchem sozialen Hintergrund zu verbessern.



Foto: Sydney Scharley